

ben. Für den öffentlichen Wohnungsbau sieht der Haushaltsplan nur 1% vor; schließlich haben dank niedriger Grundstückspreise drei Viertel der Haushalte in Macau ein eigenes Heim. Die Regierung verspricht auch die Renovierung alter städtischer Gebiete, die Verbesserung der Wohlfahrtsdienste und die Förderung kultureller Aktivitäten (dazu gehört u.a. die Bildung eines öffentlich finanzierten Symphonieorchesters).

Für das kommende Jahr sind die Modernisierung der Regierungsgremien und die weitere Verbesserung der Qualität der Staatsbediensteten geplant. Im nächsten Jahr sollen die Verfahren für Grundstückstransaktionen und die Registrierung neuer Firmen bei einem einzigen Amt abgewickelt werden, und dieser „one-stop“-Service soll so schnell wie möglich auch in anderen Verwaltungstätigkeiten umgesetzt werden. Die Regierung werde die Struktur, Funktion und den Mitarbeiterstab der Verwaltungsabteilungen gründlich untersuchen, um den Weg für eine umfassende administrative Neustrukturierung zu ebnen. Auf Edmund Hos Agenda für 2002 stehen ferner Innovationen wie intelligente Personalausweise und die Möglichkeit, Steuern über Geldautomaten zu bezahlen.

Im Frage- und Antwortspiel der Legislative mit den Ministern und anderen hohen Beamten sagte die Regierung für das kommende Jahr fest zu, unbedingt die Verpflichtungen als Mitglied der *Asia Pacific Group of Money Laundering* einzuhalten und ein Finanzausbildungszentrum zu errichten, um den Professionalismus im Bankengewerbe zu erhöhen. Die Sicherheitskräfte versprochen einen intensiven Kampf gegen Wirtschaftsverbrechen und *cyber-crime*. Und nicht zuletzt will die Regierung die Entwicklung der allgemeinen Schulpflicht fördern, die kurz vor Macaus Rückgabe an China eingeführt wurde, die durchzusetzen aber bisher anscheinend nicht möglich war.

Edmund Ho legte in seiner dritten Regierungserklärung den Schwerpunkt auf die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Die chinesischsprachige Tageszeitung *Jornal San Wa Ou* schrieb in ihrem Leitartikel: „Es ist eine Erklärung, die Reform und Entwicklung in Stabilität verfolgt.“ Nach

einer Umfrage zeigten sich 50% der Befragten mit Hos Erklärung „zufrieden“, weniger als 10% „unzufrieden“.

Nach Abgabe der Regierungserklärung teilte Edmund Ho auf einer Pressekonferenz mit, dass man für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,5 bis 1% erwarte. Im kommenden Jahr werde es aber wegen des globalen wirtschaftlichen Rückgangs niedriger sein.

Am 28. November billigte die Legislativversammlung zu Edmund Hos großer Zufriedenheit einstimmig – einschließlich der Vertreter des prodemokratischen Lagers – den Haushalt für das Jahr 2002. Lediglich der Führer der Demokraten, Antonio Ng Kuok Cheong, nannte die Steuersenkungsmaßnahmen Süßigkeiten zur Beruhigung der Öffentlichkeit.

Der Haushaltsplan für 2002 (Haushalts- und Kalenderjahr sind gleich) beläuft sich auf 12,37 Mrd. MPtc (etwa 1,55 Mrd. US\$), 1,2 Mrd. MPtc (150 Mio. US\$) weniger als dieses Jahr. Die Regierung rechnet im Haushaltsplan 2001 mit einem Überschuss von 400 bis 500 Mio. MPtc (50 bis 62,5 Mio. US\$), der Haushaltsplan 2002 involviert indes ein Defizit von 700 bis 800 Mio. MPtc (87,5 bis 100 Mio. US\$). Das Defizit kann auf 300 Mio. MPtc (37,5 Mio. US\$) sinken, wenn der Überschuss im Haushaltsplan verwendet wird. Nach Aussage des Sekretärs für Wirtschaft und Finanzen Francis Tam Pak Yuen (Tan Boyuan) belaufen sich die angesammelten fiskalischen Einlagen auf 2,7 Mrd. MPtc (337,5 Mio. US\$). Der Haushaltsplan für 2002 sieht Einnahmen von 5,82 Mrd. MPtc an Steuern aus den Glücksspiel- und Wettgeschäften vor, das entspräche 63%! der von der Regierung erwarteten regelmäßig wiederkehrenden Einkünfte. (XNA, 21./23./29.11.01; Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 28.11.01; SCMP, 1.12.01; RTHK Radio 3 audio web site, Hong Kong, 20.11.01, in BBC PF, 21.11.01) -ljk-

32 Boom der Unternehmen mit Festlandkapital

Angesichts des 10. Jahrestags der Gründung der *Macau Chinese Enterprises Association* Ende November nannte ihr Präsident Wu Yixin eini-

ge Zahlen über Unternehmen mit Kapital aus Festlandchina. Sie verfügten mittlerweile über ein Betriebsvermögen von 100 Mrd. MPtc (12,5 Mrd. US\$) und beschäftigten über 7.000 Angestellte. Die Unternehmen spielten eine immer größere Rolle bei der wirtschaftlichen Expansion der SVR Macau, und ihre Geschäfte erstreckten sich über immer mehr Bereiche. Von den vier Schlüsselindustrien in Macau macht Kapital von chinesischer Seite über 50% des Vermögens der Finanzindustrie, über 50% des Vermögens des Bau- und Grundstückssektors, über 40% des Vermögens des Hotel- und Gastronomiegewerbes und über 30% des Vermögens der verarbeitenden Industrie aus. Erstes Unternehmen mit chinesischem Kapital in Macau war die im August 1948 gegründete Nam Kwong Trading Co. Diese Firma agierte auch als eine Art Vorläufer der später in Macau gegründeten Zweigstelle der Nachrichtenagentur Xinhua. Bei der Zeremonie anwesend waren Macaus Regierungschef Edmund Ho, Wang Jinxiang, stellvertretender Leiter des Verbindungsbüros der Zentralen Volksregierung in Macau und die beiden Vizevorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes Ma Man Kei (Ma Wanqi) und Chen Jinhua. (XNA, 29.11.01) -ljk-

Taiwan

33 Freiheitspreis für Chen Shui-bian – aber keine Reisefreiheit

Taiwans Präsident Chen Shui-bian wurde im November mit dem Freiheitspreis der Liberalen Internationalen ausgezeichnet. Die Vereinigung liberaler politischer Parteien, der auch die deutsche FDP und Chens Demokratische Fortschrittspartei DDP angehören, verlieh ihm die Auszeichnung in Würdigung seines „Kampfes für Freiheit und Demokratie in Taiwan sowie für die freie Wahl hinsichtlich Taiwans institutioneller Zukunft“ – so die offizielle Begründung, die auch sein Engagement für die Menschenrechte hervorhebt. Frühere Preisträger wa-

ren unter anderem Hans-Dietrich Genscher (1988) und Vaclav Havel (1990).

Die im Internet veröffentlichte Laudatio geht auf die Etappen von Chen Shui-bians Weg zur Politik ein, der mit seiner anwaltlichen Tätigkeit für Dissidenten nach dem Kaohsiung-Zwischenfall vom Dezember 1979 begann (vgl. C.a., 1979/12, Ü 67, sowie C.a., 1980/6, S.499-503). Chen selbst wurde unter dem Kuomintang-(KMT-)Regime später für ein halbes Jahr ins Gefängnis gesteckt. Die Stationen seines Werdegangs: 1981 Mitglied des Stadtrats von Taipei, 1986 Mitglied der DPP, Mitglied der Parteiführung 1987, Mitglied des Legislativ-Yuan 1989, DPP-Fraktionsführer 1990. 1994 gewann Chen die erste freie Wahl zum Amt des Bürgermeisters von Taipei. Im März 2000 wurde er aus der Opposition heraus zum ersten nicht der KMT angehörenden Präsidenten gewählt. Dem Engagement des populären Chen verdankt Taiwan wesentliche Elemente seines Demokratisierungsprozesses, der mit der Aufhebung des Kriegsrechts 1987 begann.

Den Freiheitspreis hatte die Liberale Internationale Chen bereits im Februar 2001 zuerkannt. Die tatsächliche Übergabe des Preises geriet zum europäischen Politikum. Zunächst sollte der Festakt in Kopenhagen stattfinden, doch sowohl Dänemark wie auch die deswegen befragten Niederlande lehnten es ab, Chen ein Visum auszustellen. Die Regierungen folgten damit einem mit Rücksicht auf Chinas Alleinvertretungsanspruch gefällten inoffiziellen Beschluss der Europäischen Union, wonach Taiwans Präsident, Vizepräsident, Premierminister, Außenminister und Verteidigungsminister die Einreise in die EU auch für Privatbesuche zu verweigern sei.

Schließlich sollte die Übergabe des Preises im Europäischen Parlament in Straßburg stattfinden, das diplomatische Exterritorialität genießt. Gleichwohl verweigerte auch Frankreich Chen ein Visum. In Chens Stellvertretung nahm schließlich seine Frau Wu Shu-chen (Wu Shuzhen) am 14. November den Preis in Straßburg entgegen. Selbst sie erhielt das nötige Visum nur unter strengen Auflagen: kein Aufenthalt in Paris, keine Presseerklärungen, sofortige Ausreise nach Entgegennahme des Preises.

In seiner Laudation nannte Lord Russell-Johnston, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, schon die Entscheidung der EU, nicht einmal Privatbesuche der betreffenden taiwanischen Politiker zuzulassen, „feige und scheinheilig“ und setzte hinzu: „It is a decision which makes me ashamed“. Vollends grotesk und für Europa blamabel wurde der Widerspruch zwischen dem Freiheitspreis und der Verweigerung von Reisefreiheit durch Frankreich, diesen Hort europäisch-demokratischer Gesinnung, in der Behandlung von Chens an den Rollstuhl gefesselter Frau. Zuvor, Ende September, hatte die Liberale Internationale noch einmal versucht, diese Peinlichkeit abzuwenden, indem es in einer Resolution die Europäische Kommission aufforderte, die Regel anzuwenden, ausnahmslos allen taiwanischen Amtsinhabern die als Privatpersonen reisen, ein Visum zu erteilen, und zwar in Würdigung „der Tatsache, dass sie gemäß der Verfassung ihres Landes demokratisch gewählt oder bestallt wurden“. Hans van Baalen, Vizepräsident der Liberalen Internationalen und Mitglied des niederländischen Parlaments, war zudem initiativ geworden mit dem Ziel, Taiwans Amtsträger nicht anders zu behandeln, als die USA es tun. Wie dargelegt, siegte am Ende eine zweifelhafte Staatsraison über jene grundlegenden Freiheitsideale, die Europa so stolz auf seine Fahnen schreibt. Selbst im Europäischen Parlament fand sich keine Fraktion bereit, die Kraftprobe mit der französischen Regierung aufzunehmen.

Mehr Rückgrat zeigte Tschechiens Staatspräsident Vaclav Havel: Er empfing Taiwans First Lady nach der Preisverleihung in Prag und erklärte, er sei erzürnt über die Behandlung Taiwans durch die internationale Staatengemeinschaft. (NZZ, 7.11., 15.11.01; *Le Monde* 21./22.10.01; TT, 7.11., 15.11.01; TH, 11.11.01; CNAT, nach BBC PF, 14.11. und 17.11.01; www.worldlib.org) -hws-

34 Parlamentswahl: DPP größte Fraktion, KMT und NP verlieren

Der ganz vom Wahlkampf geprägte November endete am 1. Dezember

mit den Wahlen zum Legislativ-Yuan, dem Parlament, und mit Kreis- und Stadtratswahlen (außer in Kaohsiung und Taipei). Die Wahlen zum Parlament waren vor allem deswegen mit Spannung erwartet worden, weil es die ersten nach den Präsidentschaftswahlen vom März letzten Jahres waren. Die Nationale Volkspartei Kuomintang (KMT) unter ihrem damals abgeschlagen auf dem dritten Platz gelandeten Vorsitzenden Lien Chan (Lian Zhan) verfügte im Legislativ-Yuan noch über rund die Hälfte der Abgeordnetensitze, während die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) von Präsident Chen Shui-bian lediglich rund 30% der Abgeordneten stellte. Hier im Vorgriff auf das Dezemberheft von *China aktuell* die Ergebnisse der Parlamentswahl in Prozent der gültigen Stimmen (ohne Stimmen für Direktmandate; in Klammern: Ergebnis der letzten Wahl von 1998) sowie die Zahl der errungenen Sitze (inkl. Direktmandate):

	2001	1998	Sitze
DPP:	36,6%	(29,6%)	87
KMT:	31,3%	(46,4%)	68
PFP:	20,3%	(-)	46
TSU:	8,5%	(-)	13
NP:	2,9%	(7,1%)	1
Sonstige:	0,5%	(17,0%)	1
Unabhängige:			9

Die People First Party (PFP) unter James Soong, eine Abspaltung der KMT, gab es 1998 noch nicht, ebenso wenig die Union für Taiwan-Solidarität (TSU), ein Sammelbecken für Anhänger des früheren Präsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui).

Herausragendes Ergebnis der Wahl ist, dass die DPP stärkste Fraktion wird, während die KMT über Erwartungen stark an Stimmen verliert und die wiedervereinigungsorientierte Neue Partei (NP) zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt. (www.cec90.gov.tw, 2.12.01; TH, 2.12.01)

Eine eingehende Analyse der Wahl folgt im Dezemberheft. -hws-

35 Taiwan lockert Regelungen für Investitionen in der VR China

Taiwans Regierung beschloss im November, die bislang geltenden Regeln bezüglich der Investitionen zu lockern, die taiwanische Firmen auf dem chinesischen Festland vornehmen dürfen. Damit werden Empfehlungen umgesetzt, die ein von Präsident Chen im Sommer berufenes Wirtschaftsberatungsgremium ausgearbeitet hatte. (Vgl. C.a., 2001/8, Ü 38) Die Liberalisierung steht im Zusammenhang mit der kommenden Mitgliedschaft Chinas und Taiwans in der Welthandelsorganisation (WTO; s. folgende Übersicht) und war seit langem von Taiwans Geschäftswelt gefordert worden. Das bisherige Regelwerk folgte dem Grundsatz „Keine Eile, nur Geduld!“, den der frühere Präsident Lee Teng-hui (Li Denghui) vor fünf Jahren aufgestellt hatte. Dass dessen Chinapolitik nunmehr revidiert wird, bedeutet gleichzeitig ein wichtiges politisches Signal gegenüber dem Festland.

Die neue Politik bedeutet keinen Verzicht auf Restriktionen, schwächt diese aber deutlich ab. So mussten Festlandsinvestitionen ab einem Volumen von 3 Mio. US\$ bislang einzeln zur Genehmigung vorgelegt werden; dieser Betrag wird nunmehr auf 20 Mio. US\$ heraufgesetzt; gleichzeitig soll das Genehmigungsverfahren vereinfacht und durchsichtiger gemacht werden; Vorhaben, die unter dem Limit bleiben, durchlaufen nur noch ein pauschalisiertes Prüfverfahren. Die bisherige Obergrenze für genehmigungsfähige Investitionen, die bei 50 Mio. US\$ lag, wird aufgehoben. Börsennotierte Unternehmen sollen bis zu 40 statt bislang maximal 20 Prozent ihres Kapitals auf dem Festland investieren dürfen. Gleichzeitig wird die Zahl der Produktkategorien, die auf dem Festland zu fertigen taiwanischen Firmen überhaupt verboten ist, deutlich reduziert. Von dieser Änderung profitieren beispielsweise die Herstellung von Notebookrechnern und von Sechs-Zoll-Chips. Bei 195 Produktkategorien bleiben die Restriktionen jedoch bestehen. Eine Reihe weiterer Vereinfachungen vor allem hinsichtlich grenzüberschreitender Bankgeschäfte kommen hinzu. So wird Auslandsniederlassungen taiwanischer Banken erlaubt, in direkte Geschäftsbeziehun-

gen mit festländischen Geldinstituten zu treten. Die neuen Maßnahmen sollen zum 1. Januar in Kraft treten.

Bislang haben taiwanische Firmen nach taiwanischen Statistiken 19,2 Mrd. US\$ in China investiert. Die VR China gibt diesen Betrag sehr viel höher an: mit 27,6 Mrd. Beide Angaben widersprechen sich nicht unbedingt, da taiwanische Firmen die Restriktionen zu umgehen pflegten, indem sie zunächst Niederlassungen in Drittstaaten gründeten und ihre Festlandsinvestitionen dann von dort aus vornahmen. Schätzungen zufolge liegt der Gesamtwert der taiwanischen Festlandsinvestitionen mit 50 bis 80 Mrd. US\$ jedoch noch weit über der VR-chinesischen Zahl.

Die Liberalisierung des Geschäftsverkehrs dürfte die Tendenz, Produktion ins Nachbarland mit seinen billigen Löhnen auszulagern, verstärken und viel mehr als bisher auch den Hightech-Sektor betreffen. Skeptische Stimmen warnten denn auch bereits vor einem industriellen Ausbluten Taiwans. Es ist allerdings zweifelhaft, dass die Neuregelung derart dramatische Effekte zeitigen wird, und zwar aus dem einfachen Grund, dass die Restriktionen bislang schon umgangen wurden und solche Firmen, die auf dem Festland mit Profit arbeiten, ihre dortige Expansion ohne Rückgriff auf das Stammhaus finanzieren. Da die Firmen in Zukunft flexibler und rascher auf geänderte Marktverhältnisse reagieren können, dürfte die Liberalisierung im Gegenteil deren globale Wettbewerbsfähigkeit stärken, und dies – so hofft die Regierung – käme dann auch der taiwanischen Volkswirtschaft zugute. Zu dem Zweck erleichterte Taiwan den Transfer von auf dem Festland erwirtschafteten Gewinnen, die nun auch nicht mehr in dem Maße wie bislang illegal sind, also nicht mehr versteckt werden müssen. Unabhängig davon wird die wirtschaftliche Abhängigkeit Taiwans vom Festland zwar weiter wachsen; die Regierung ist jedoch davon überzeugt, dass dieser Trend nicht aufzuhalten ist und nur durch die jetzt beschlossenen neuen Regeln in für Taiwan selbst nützlicher Weise gestaltet werden kann. (CNAT, nach BBC PF, 7.11.01; CNAT, nach FBIS, 8.11.01; TH, 7.11.01; *The Straits Times*, Internetausgabe, 8.11.01; TT, 8.11.01; HT,

6.11.01; WSJ, 8.11.01; FT, 8.11.01) -hws-

36 WTO beschließt Aufnahme Taiwans

Die Welthandelsorganisation (WTO) beschloss auf ihrer Generalversammlung in Katar am 11. November die Aufnahme Taiwans – 24 Stunden nach der Aufnahme der VR China. Taiwan hatte fast zwölf Jahre auf dieses Ereignis hingearbeitet und am Schluss nur noch erwartet, dass auch China endlich alle dafür nötigen bilateralen Vereinbarungen treffen würde, da auf Grund des chinesischen Alleinvertretungsanspruches Taiwans Beitritt nicht vor demjenigen Chinas erfolgen sollte.

Die Aufnahme Taiwans erfolgte nicht in seiner Eigenschaft als Staat, sondern als „Separates Zollgebiet Taiwan, Pescadore (Penghu), Kinmen (Jinmen, Quemoy) und Matsu (Mazu)“, wobei die englische Kurzbezeichnung „Chinese Taipei“ lautet. Gleichwohl bedeutet der Schritt für Taiwan auch eine außenpolitische Aufwertung. Die WTO ist die mit Abstand bedeutendste internationale und die einzige weltumspannende Organisation, deren Mitglied die Inselrepublik nun ist. Taiwans Präsenz auf der internationalen Bühne endete vor genau 30 Jahren mit seinem Ausschluss aus den Vereinten Nationen. Mit dem Versuch, Taiwan als „Separates chinesisches Zollgebiet ...“ bezeichnen zu lassen, war China bei seinen Beitrittsverhandlungen nicht durchgedrungen. Um eventuellen Versuchen Chinas vorzubeugen, als neues WTO-Mitglied Taiwans Beitritt mit zusätzlichen Bedingungen zu verknüpfen, wurde der chinesischen Delegation in Katar sicherheitshalber verweigert, die Beitrittsdokumente zu unterzeichnen, ehe die Zustimmung zu Taiwans Beitritt erfolgt war.

Taiwans Parlament billigte das Beitrittsabkommen am 16. November; in Kraft treten soll es per 1.1.2002.

Taiwan sieht den ökonomischen Folgen des Beitritts mit gemischten Gefühlen entgegen. Als eine der weltgrößten Handelsnationen – Taiwan nimmt hier den 14. Rang ein – wird Taiwans Volkswirtschaft zwar unter dem Strich von der Marktöffnung und dem Abbau von Handelsschranken profitieren,

doch wird dies nicht ohne Schmerzen abgehen. Agrarimporte werden vor allem die heimische Landwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Hier wird allein für das erste Jahr mit einem Produktionsrückgang um 11,8 Mrd. NT\$ (knapp 400 Mio. Euro) und in der Viehwirtschaft mit einem Minus von 8,7 Mrd. NT\$ (knapp 300 Mio. Euro) gerechnet. 46.000 Landwirte werden betroffen sein. In diesen Bereichen sowie in der Auto-, der Elektrogeräte-, der Papierproduktion und einigen anderen Branchen wird ein Verlust von 270.000 Arbeitsplätzen erwartet, vor allem am unteren Ende der Lohnskala. Die Regierung will über die kommenden Jahre 100 Mrd. NT\$ (3,3 Mrd. Euro) bereitstellen, um die negativen Auswirkungen des Beitritts abzufedern.

Die nötige Senkung der Zölle trifft auch den Fiskus. Bislang wird auf Pkws ein Einfuhrzoll von 30% erhoben; in Zukunft werden es nur noch 17,5% sein. Für Agrarprodukte steht eine stufenweise Reduzierung des Tarifs von 20,02% auf 12,86% an, für Industriegüter von 6,03 auf 4,15%. Im ersten Jahr wird beim Zoll mit Mindereinnahmen von 5,11 Mrd. NT\$ (ca. 170 Mio. Euro) gerechnet.

Nutzen aus der WTO-Mitgliedschaft wird besonders die Hightech-Industrie ziehen, aber auch die Petrochemie und die Textilindustrie sieht Taiwans Regierung auf der Gewinnerseite. Das Bruttoinlandsprodukt soll auf Grund des Beitritts in den nächsten Jahren jährlich um 0,64%, Ausfuhren um 0,93% und Einfuhren um 1,08% höher ausfallen, als dies ohne Mitgliedschaft möglich wäre. In der Summe wird für die Volkswirtschaft ein Plus in Höhe von jährlich 8,9 Mrd. NT\$ (knapp 300 Mio. Euro) erwartet; allerdings wird der Handelsüberschuss nicht mehr so hoch sein wie bisher. Sinkende Importwarenpreise werden besonders die Konsumenten erfreuen.

Taiwan erhofft sich aus der WTO-Mitgliedschaft auch neue Ansätze zur Verbesserung der Beziehungen zu China. Die WTO-Mitgliedschaft wird vor allem als eine neue Basis gesehen, um direkte Verkehrsbeziehungen mit China auszuhandeln, ohne Chinas Ein-China-Doktrin schlucken zu müssen. Ob sich diese Erwartungen erfüllen, ist jedoch zweifelhaft. Eine Sprecherin des Beijinger Handelsministeriums erklär-

te nach Taiwans Aufnahme sogleich, China begrüße „Chinesische Taipei in dessen Eigenschaft als Chinesische Taipei“ als WTO-Mitglied, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit „Chinas separatem Zollgebiet“ seien jedoch nach wie vor eine interne Angelegenheit Chinas und könnten sich nur im Rahmen des „einen China“ entwickeln. Diese Interpretation dürfte kaum Taiwans Status als gleichberechtigtem WTO-Mitglied entsprechen, dass sich die WTO allerdings in politische Streitereien zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße hineinziehen lassen wird, ist kaum zu erwarten. Von Seiten der EU und der USA verlauteten bereits entsprechende Warnungen. (TT, 7.11., 9.11., 17.11., 21.11.01; CNAT, nach FBIS, 9.11.01; CNAT, nach BBC PF, 11.11., 12.11., 16.11.01; HT, 10.11.01; *The Straits Times*, Internetausgabe, 9.11., 10.11.01; TH, 12.11., 21.11., 23.11.01; NZZ, 12.11., 17.11.01; Xinhua, nach BBC PF, 11.11.01) -hws-